

# P R E S S E M I T T E I L U N G

Hamburg, 23.01.2009

## Shared Space

### **Bezirk Wandsbek formuliert klare Forderungen**

**Die Bezirksversammlung Wandsbek hat auf ihrer gestrigen Sitzung klare Forderungen zum Thema „Shared Space“ aufgestellt. Die Abgeordneten folgten einem von der SPD eingebrachten Antrag und forderten die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf, einen Kriterienkatalog für die Umsetzung von Modellversuchen aufzustellen. Darüber hinaus forderte die Bezirksversammlung auch eine Abkehr von den im Koalitionsvertrag geplanten sieben „Shared Space“-Projekten in Hamburg.**

„Shared Space wird derzeit als ein Wundermittel der Verkehrspolitik betrachtet, aber kaum einer weiß eigentlich was sich genau dahinter verbirgt und unter welchen Voraussetzungen Shared Space stattfinden kann“, so Lars Kocherscheid, verkehrspolitischer Sprecher der Wandsbeker SPD-Fraktion. „Wir möchten nun endlich Klarheit haben, unter welchen Voraussetzungen die BSU Shared Space in Hamburg praktizieren möchte.“

Im Koalitionsvertrag von CDU und GAL hat man sich auf die Einführung von Shared Space-Projekten in den sieben Hamburger Bezirken verständigt. Während zahlreiche Initiativen in den Stadtteilen bereits die Einführung von Shared Space vor Ort fordern, hat die Behörde bislang keinerlei Grundlagen für eine Planung gegeben.

„Andere Kommunen und Länder sind uns inzwischen weit voraus“, so Kocherscheid weiter. „So hat etwa das Land Brandenburg mehrere Modellprojekte ausgelobt und hierzu einen eindeutigen Kriterienkatalog festgelegt, der regelt, welche Örtlichkeiten überhaupt in Frage kämen. Wir möchten, dass die BSU einen solchen Kriterienkatalog vorlegt, in dem neben den Mindestvoraussetzungen, die ein in Hamburg umzusetzendes Shared Space-Projekt erfüllen muss, auch die zeitlichen und inhaltlichen Kriterien der Bürger- bzw. Anliegerbeteiligung für die Umsetzung aufgezeigt werden.“

Neben dieser Forderung spricht sich die Wandsbeker Bezirksversammlung auch für eine Abkehr von den im Koalitionsvertrag geplanten sieben Modellprojekten aus. Nach dem gefassten Beschluss soll zunächst ein wissenschaftlich begleitetes Projekt realisiert und ausgewertet werden. „Es gilt festzustellen, unter welchen Voraussetzungen das interessante Konzept in einer Großstadt anwendbar ist“, so Kocherscheid weiter. „Bei geschätzten Baukosten von 2-3 Millionen Euro pro Projekt halten wir das Risiko für zu groß, sieben Projekte gleichzeitig zu bauen und evtl. erst dann festzustellen, dass Shared Space in der Großstadt Hamburg vielleicht doch nicht oder nur unter besonderen Rahmenbedingungen stattfinden kann. Schritt für Schritt zu gehen erscheint uns hier sinnvoller.“